

Dresdner Volkszeitung

Polytechnik: Leipzig. Abdruck & Komp. Nr. 20618. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Sankt-Petersburg: Gehr. A. Schubert, Dresden.

Abo-Preis: einheitlich 10 Pfennig monatlich 1.50 M. Durch den Post bezogen vierzehntäglich 4.50 M., unter Kreislauf für Deutschland und Österreich-Ungarn 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettiner Platz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur morgens von 12 bis 1 Uhr. Telegraphie: Bettiner Platz 10. Tel. 25281. Geschäftstage von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abo-Preis: die 7 gehaltene Monatshefte 50 Pfennig, darauf 40 Prozent Erweiterungsabzug. — Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Bezeichnung zur Aufnahme an vorgebrachten Tagen kann nicht übernommen werden. — Für Briefeinforderungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 75.

Dresden, Dienstag den 1. April 1919.

30. Jahrg.

Sachsens Revolutionsfeier.

Feiertage.

Im Sachsischen Landtag wurde gestern der Antrag der beiden sozialdemokratischen Gruppen, den 1. Mai und den November zu gleichen Feiertagen zu erheben, und der zialdemokratische Antrag, bei der Reichsregierung dahin zu rufen, daß die beiden Tage zu gleichen Feiertagen der gesamten deutschen Republik erklärt werden, gegen 29 Stimmen abgelehnt. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien stimmten sichlos gegen die zwei revolutionären Feiertage. Noch mehr als von dieser Geschlossenheit wird der Charakter unseres Bürgeriums von den Argumenten beleuchtet, die sie gegen den Mai- und Novembertag vorbrachten. Der Demokrat lehnte die beiden Feiertage, die uns durch die vier jährlich verloren gingen. Als ob man sich in diesem alle nicht einfach durch die Streichung einiger kirchlicher Feiertage helfen könnte!

Angesichts dieses Versteckspiels der Demokraten lösen wir uns denn doch die Öffentlichkeit der Deutschnationalen, die nach der Niede die Schule umhingen und ihre Abneigung gegen die „proletarischen Feiertage“ befürworteten. Könnte man jetzt von ihnen verlangen? O ja, von einem Bürgerum, das politisch weniger verbogen wäre als das deutsche, hätte man schon annehmen dürfen, daß einige Funken der Revolution entzündet in den fügenden Nächten des Lagers jenseits des sozialismus gejährt hätten. Denn schließlich reichen die toten Gedanken des 1. Mai weit über den Horizont proletarischer Klasseninteressen hinaus. Ideen, die er gequält, von Krieg und Nationalstaat gerissenen Menschheit Rettung eingen können, wenn sie von allen Ländern Europas aufgegriffen und verwirklicht würden. Der 1. Mai gilt längst nicht mehr nur der Befreiung der Menschheit aus kapitalistischer Sklaverei, sondern leuchtend erhebt sich über diesem Tage die Vision, die Hitler in seinem Liede an die Freude beinhaltet: Alle Menschen werden Brüder... Oder aus der Poetie in die politische Wirklichkeit erhoben: Die Vereinigung der europäischen Völker zu einem Völkerbund der europäischen Länder, zu einem Völker- und gleichberechtigten Nationen steht heute im Mittelpunkte des 1. Mai. In ihrem Urteil steht die bürgerliche Presse nicht ein, daß Deutschland, wenn dieser Bund nicht zustande kommt, von den übermächtigen Rivalen auf Jahrzehnte hinzu an die Wand gequälkt wird, jedoch zur großen Seite des Kaiserreichs an Europa kann sich dieses Lager wenig utschwingen, wie zu dem höheren Menschheitsinhalt des November.

An diesem Novembertag füllte in Deutschland alles zusammen, was moralisch und faul war. Wir hätten uns einen anderen Verlauf der deutschen Revolution denken können, einen Verlauf, der dem deutschen Volke billiger und einfacher stehen gefallen wäre, aber Völker pflegen in Stunden der Verzweiflung nicht das billige, sondern das radikalste Verboten zu wählen, und so bricht unter Revolutionsstürmen nicht zusammen als eine libertäre Herrschaft. Deshalb bleibt in solcher Revolutionssturm ein Ereignis von gewaltiger, weltgeschichtlicher Bedeutung. In den Novembertagen verstand das deutsche Bürgerum die gesellschaftlichen Lebzeiten dieser Tage besser zu würdigen als heute. Da konnte man in bürgerlichen Plätzen eilen, daß das alte Regime nach einem vierjährigen unglücklichen Kriege ja doch nicht mehr zu halten gewesen sei und so sich die verschiedenen Kreise beiziehen hätten zu Neueren entschließen müssen. Ein riesengroßer politischer Sturm kündete damals in der bürgerlichen Presse. Ein Regenwanner, von dem Optimisten eine Vertiefung der politischen Einsicht in läbrenden bürgerlichen Kreisen erwartete.

Ach nein, die Herrschenden da drüben haben keinerlei politische Erleuchtung profitiert. Die Franzosen begaben einen Nationalfeiertag, es gilt der Erinnerung an den Befreiungskrieg, der 1789 die große französische Revolution einleitete. Amerika feiert den Tag der Erklärung der Unabhängigkeit. Und Deutschland? Das deutsche Bürgerum hat zwar 1848 etwas wie eine bürgerliche Revolution gehabt, aber einen evolutionären Feiertag kennt es schon deshalb nicht, weil die drei Sturmtage nur halbe Arbeit machten: die Verteilungskämpfe führten zu einem Kontrast zwischen Bürgerum und Adel. Die politische Leitung blieb in den Händen des Zünfertums. Wenn Friedrich Schlegel einmal schreibt: „Eine verpflichtende Revolution ist ein verpflichtetes Jahrhundert“, so wäre in diesem Zusammenspanne zu sagen: Eine verpflichtete Revolution ist eine verpflichtete Nasse. Das deutsche Bürgerum bleibt ein lebendiger Beweis für die gesellschaftliche Losigkeit dieses Sozus. — Man entfinnt sich des Trauerspiels, das sich im alten Deutschland an März- und Maiopfern abspielte. Es sollte die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit Friedhofszügen zu den Gräbern der März- und Mai-Fallen den die Opfer der Bürgerlichen Revolution. Es erzte die Toten einer verpflichteten bürgerlichen Erhebung — und der biederer Bürger, den der Weg zum Sonntagstest aufsässig an diesen Proletariäten vorbeiträumte, sah zu, wie die roten und schwartz-goldenen Schleifen unter der Schere eines Polizeimännchen fielen. Eine verpflichtete Revolution ergibt eine verpflichtete Nasse — im übrigen sind wir überzeugt, daß die bürgerliche Presse einige Hindenburg- und Ludendorff-Feiertage mit dabei hinnnehmen würde, wenn diese ihre Herzen nicht ge-

schlagen aus dem Weltkrieg hervorgegangen wären. Kein Demokrat würde sich dagegen rühen und zwei verlorene Feiertage betrünen.

Wenn in diesen Zeiten weiter nichts verloren ginge als zweimal acht Stunden Arbeit, dann brauchte sich das deutsche Volk keine grauen Haare machen zu lassen, aber bereits und Revolutionärer wieder drauf und dran, das deutsche Volk mit neuen Streitbewegungen zu überfallen. Im Ruhrrevier hat die Reichsregierung den Belagerungsstand erstellt und erklären lassen, um die Arbeiterschaft gegen den abermals wachsenden kapitalistischen Terrorismus zu schützen. Ebenso werden entsprechend den Befürchtungen der Verbündeten im Saargebiet keine ausländischen Lebensmittel abgefordert. Die Regierung legt diesmal Nacht gegen Nacht, Druck gegen Druck. Und das mit Recht. Es kann nicht angenommen werden, daß sich irgend eine Arbeiterschaft mit wilden Streiks allerhand Sonderbortole zu Sicherheit und damit Leben und Wohl der übrigen Volksgenossen auf Spiel setzt. Es muß zum Hunger und vollständigen Bankrott führen, wenn Schichten, die mit dem Ausfall der Wahlen unzufrieden sind, das Volkswohl durch Arbeitsverweigerung zu fortgittern suchen.

Sieben von elf Forderungen der im Ruhrgebiet Streikenden sind rein politischer Natur. Man denkt sich das Experiment zu Ende: zu welchem Zustand sollen wir gelangen, wenn in den verschiedensten Gauen Deutschlands streitende Volksstämme die verschiedensten politischen Forderungen aufstellen! Hier wird der Streik zu einer Auseinandersetzung. Große innerpolitische und außenpolitische Fragen können nicht von einer beliebigen Delegierten-Konferenz, sondern nur durch die vom gesamten Volke berufenen Vertretermänner gelöst werden. Wohin sollen wir kommen, wenn andre Volksstämme solche Streiks mit Gegenstreiks beantworten, wie es jetzt in Stuttgart das Bürgerum beschlossen hat? Wie an es zur periodischen Erscheinung werden sollte, ich ein Volkssturm gegen den anderen Streik! Innerhalb der sozialistischen Demokratie muß die Drauflossstreiterei zu einem unlosen Durchender führen, aus der es nur einen Ausweg gibt: daß deutsche Volk kann mit seinem demokratischen Wahlrecht der Welt jede Regierung gutt. Zweck, sagen, mit jeder Partei abzurechnen, jeden politischen Anspruch abzulehnen, aber Wahlentscheidungen durch Entscheidung wochenlanger Feiertage ändern zu wollen, das heißt den Bürgerkrieg in wirtschaftlicher Form dauernd zu machen, heißt: groß Volkssturm dem Hunger, der Verzweiflung, der peinlichen Apathie — und schließlich den Gegnern in die Arme treiben.

Seht euch vor, Arbeiter, daß der Revolution nicht ein verpflichtetes Jahrhundert folgt!

Generalstreik und Belagerungsstand im Ruhrgebiet.

Dem Ruhrbergbau droht heute eine neue schwere Erfüllung. Allen zur Vernunft mahnenden Warnungen einsichtiger Bergarbeiterkreise zum Trotz scheinen die radikalsten Elemente, die zur Bekämpfung des Bergarbeitervereins nur leben riefen, wieder einmal Oberwasser gewonnen zu haben. Wie die Neuverfassungsmittel mithilft, beschloß am Sonntag die von ihr eingerufene Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebietes den Generalstreik, der am 1. April beginnen und so lange dauern soll, bis nachstehende Forderungen bewilligt worden sind: 1. Sofortige Einführung der Sechsstundensicht mit Ein- und Ausfahrt für Unterhoriger unter Beibehaltung des bisher für längere Schichtdauer gezahlten Lohnes. 2. 25 proz. Lohnzähmung. 3. Regelung der Knappheitsfrage. 4. Anerkennung des Rötelnschemas. 5. Sofortige Einführung der Hamburger Punkt (betr. Kommandozug). 6. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen. 7. Sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterschaft. 8. Sofortige Auflösung aller Freiwilligenkorps. 9. Sofortige Auflösung aller politischen und wirtschaftlichen Organisationen mit der russischen Sowjetregierung. 10. Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und im Heile. 11. Bezahlung der Streitshichten.

Die Reichsregierung weitet sich mit folgendem Aufruf an die Bergarbeiter:

Für das Ruhrrevier hat über den Kopf der betroffenen Arbeitervorstellungen hinweg eine Delegiertenkonferenz der revolutionären Bergarbeiter den Beschluss gefaßt, am 1. April aus neue in den Generalstreik einzutreten. Die Forderungen, die dabei gestellt werden, würden in ihrer Gesamtheit die deutsche Republik der politischen Anarchie und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch ausleitern. Wäre dieser Streik, der den Arbeitern nicht helfen soll, sondern die Allgemeinheit zerstören will, Siegreich, so würde das bedeuten:

Schränkung der Kohlenförderung durch Schließensichts- und sinnlos Lohnzähmungen, Stilllegung aller Industrien, die auf Kohlebasis angewiesen sind. Verteilung der gelegentlich angemessenen Lebensmittelzulieferer, die mit Industrieproduktion und Kohlenausfuhr besetzt werden müßt. Die Regierung, die solche Forderungen annehmen würde, wäre die Totengräberin der Republik, des Volkes und der Freiheit. Die Reichsregierung hält nach wie vor fest an den Vereinbarungen, die sie seit Februar mit den Bergarbeitern getroffen hat: Arbeiterschaft und Geisteskreise, durch die allein die Arbeiterschaft in den Produktionsprozess hineingeladen und zur gleichberechtigten Wissbestimmung und Mitarbeit eingezogen werden kann; dazu das Sozialistierung-

gesetz im Zusammenhang mit der Sozialisierung des Kohlenbaus und schließlich die Einführung der 7½-Stundenarbeitszeit. Es ist keine Politik, keine Vernunft, keine Erziehung mehr möglich, wenn solche grundsätzlichen Einigungen nach wenigen Tagen und Wochen umgeworfen und durch unmögliche und übertriebene Forderungen gegenstandslos gemacht werden. Deshalb hat die Reichsregierung in Erfüllung ihrer heiligen Pflicht Reich und Volk zu retten, zusammen mit der preußischen Regierung folgendes beschlossen:

Über das Ruhrrevier wird der Belagerungsstand verhängt. Die Regierungstruppen rücken in das Revier ein, um die Arbeiter und die Betriebsausläger vor dem Terrorismus zu beschützen. Der Reichsernährungsminister wird entsprechend den Gründerforderungen der Alliierten Lebensmittel abliefern lassen. Der Reichsarbeitsservice wird die ersten Leistungen für Streitfeldküche gewähren. Dagegen soll den Arbeitern der Ruhr, auf denen nach der 7½-Stundenarbeitszeit gelöscht wird, eine besondere Arbeitsarbeiterzulage, steigend mit dem Förderquantum, bereitgestellt werden.

Die Reichsregierung muß unter Volk am Leben erhalten. Sie darf die Republik nicht dem tödlichen Terror durch eine Provinz und einen Stand ausliefern. Alles für den, der arbeitet, nichts für den, der jetzt freift. Sonst gibt es für Deutschland keine Rettung mehr!

Einer der größten Höhen der Höchstwerke in Tortu und ist vollständig in Druck gegangen, weil er unter den Arbeitseinstellungen gelitten habe. Die Wiederherstellung erfordert etwa zehn Monate. Es wird befürchtet, daß weitere Höhen gleiches Bedürfnis.

In Stuttgart ist gestern früh der Generalstreik ausgedehnt. Von 10 Uhr an wurde, wie man hört, der Generalstreik verfehlt in einem Umkreis von 15 Kilometern und in Stuttgart selbst gewirkt. Gegen Mittag hörte auch der Straßenbahnbetrieb auf. Infolge des Generalstreiks der Arbeiterschaft hat der Generalstreik einen Bürgerkrieg eingeleitet. Die meisten Geschäfte sind geschlossen. Der Eisenbahn und Postbetrieb wird eingehalten. Seit 4 Uhr ist die Stadt auch ohne Gas und Elektrizität; das Wasserwerk arbeitet noch.

In Frankfurt kam es gestern abend auf dem Börne-Platz, auf dem allerlei zwielichtige Händler Verhandlungen haben, zu einem schweren Zusammenstoß zwischen diesen, den Demonstranten und der Sicherheitswehr. Dabei wurden drei Bühnen gejagt sowie ein Motorrad geholt und in den Main geworfen. Die Menge flüchtete dann zwei in der Nähe befindliche Polizeireviere, verbrannte die Alten und plünderte die Wohnung des Polizeikommandars. Dann zog die Menge zum Polizeigebäude, ließ die Gefangenen entziehen und legte am Gerichtsgebäude Feuer an, das in den ersten Nachstunden noch nicht gelöscht war. Es wurden dann sämtliche Lebensmittelgeschäfte auf der neuen Seite und das Hotel Frankfurter Hof gestürmt und vollständig ausplündert. Die Polizei hat ihre sämtlichen Hilfsmittel ausgebaut, um die Unruhen zu unterdrücken. 9 Uhr abends mußten alle Wirtschaften geschlossen sein. Stein Zivilist darf nicht die Straße betreten. Durch die Straßen werden lange Säge von Hurenstieren mit hochgehobenen Händen von Polizeimännchen abgeführt. Zeitweise berichtet lediglich Gewehrfeuer.

Der Streik im Magdeburger Zeitungsgewerbe ist beigelegt. In den gestrigen Verhandlungen mit den Sehern und Hilfsarbeitern wurde eine Einigung erzielt.

Bergarbeiterstreik in England.

London, 31. März. In Wales sind 100000 Bergleute ausständig. Die Gewerkschaften fordern die Bergleute an, die vorliegenden Einigung mit der Regierung und ihrer gegen Angestellte auf, jetzt nicht zu streiken. Es ist auch wahrscheinlich, daß der Streik weiter um sich greift oder sich halten wird.

Siegt Wilson?

Genf, 1. April. Die Pariser Ausgabe der über amerikanische Aufstellungen gut unterrichteten Chicago Tribune vom 31. März steht mit, daß Wilson die Berechtigung des deutschen Standpunktes in der Danziger Frage vollkommen anerkenne. Die Truppen werden daher in anderen Höhen landen. 30 Schiffe von je 5000 Tonnen und weniger als 18 prozent Liegegangen würden zusammengestellt, da die Ziele der Fabrikanten in Stettin und Königsberg noch mindestens fünf und daher nur feste Fahrtrinnen benötigt werden könnten.

Berlin, 31. März. Das Kabinett hat sich bei der gestrigen Sitzung anlässlich der Forderungen des Reichstags noch nach neuen Verhandlungen in der Danziger Frage entschlossen. Die Kabinettsfahrt der Nationalversammlung auf Mittwoch den 2. April nach Berlin zu bitten. Sie sollen ebenso wie bei den bisherigen Sitzungen in den Waffenstillstandverhandlungen zu den Vertretern eingezogen werden, damit die Endlinienerklärung zwischen Kabinett und Parteien gewährleistet wird.

Arbeiterratswahlen im Industriegebiet.

Ebersfeld, 31. März. Bei den gestrigen Arbeiterratswahlen wurden gewählt in

Ebersfeld:	Mehrheitssozialisten 12. Unabhängige 8. Bürgerlich 18
Barwen:	12. 8. 16
Hagen:	4. 14. *
Golpe:	5. 11. *
Eichen:	7. 7. *
Mülheim:	10. Kommunisten 27. 31

Der starke Anteil der Bürgerlichen fällt überall auf, einschließlich der Selbstverstärkung der Arbeiterschaft.